

Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): V. Rolf Gallor in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Northplatz 11-800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 293

Die Simultanschule gesichert.

Ein Erfolg der Demokratie.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion. Weimar, 30. Juli.

Der vielmehr Artikel 143 ist durch das Eingreifen der Deutschen Demokratischen Partei in seinem entscheidenden Absatz soeben in folgender Fassung zwischen den Parteien vereinbart worden, so daß an seiner Annahme im Plenum in dritter Lesung kein Zweifel mehr besteht:

„Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten, Volksschulen ihrer Bekennnisse oder ihrer Weltanschauung nur zu errichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne des Absatzes 1 nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen; das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach dem Grundsatze eines Reichsgesetzes.“

Abf. 1 und 3 des Art. 143 bleiben unverändert. Es ist mit der vorliegenden Fassung nicht alles erreicht worden, was vom Standpunkt der Deutschnationalen Partei erwünscht erscheinen

musste. Immerhin ist dadurch eine nicht unwesentliche Verbesserung erzielt worden, daß die Simultanschule grundsätzlich festgelegt bleibt (Abf. 1 des Art.) und daß in Abf. 2 die konfessionellen Schulen der Simultanschule nicht gleichgestellt sind, sondern wie auch das Wörtchen „indes“ andeutet, nur als Ausnahme und auf besonderen Antrag errichtet werden kann. Eine weitere Sicherung der Simultanschule in den Ländern, wo sie besteht, besonders in Hessen und Baden, wird erreicht durch einen an die Übergangsbestimmungen anzuschließenden Artikel, der in Gebieten des Reiches, in denen eine nach den Bekennnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders berücksichtigt.

Die Demokratische Partei hat sich bei ihren jüngsten Verhandlungen über das Schulkompromiß von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß eine so wichtige Frage nicht ohne ihre Mitwirkung entschieden werden dürfe, und daß eine Grenze für die vom Zentrum zu erreichenden Konzessionen in den ausgebildeten Verhältnissen des Reiches, besonders im nationalen Interesse des Reiches, gefunden werden mußte, die in Oberösterreich und im Rheinlande auf dem Spiele stehen.

Die in dem Kapitel Kirche und Schule sonst vorgesehenen Änderungen sind unbedeutender Natur. (Siehe auch nebenstehenden Beizartikel.)

Das Weimarer Schulkompromiß.

von Professor Hermann Hummel, Reichsminister des Kultus und Unterrichts. Karlsruhe, 30. Juli.

Die Bemühungen der deutschen Unterrichtsverwaltungen, das zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie abgeschlossene Kompromiß zur Regelung der Schulfrage in der Reichsverfassung in eine Form zu bringen, die vom technischen Standpunkt aus als annehmbar erscheint, haben im Augenblick Aussicht auf Erfolg. Es war aber durchaus verständlich, daß Schulverwaltungen und Lehrer wie auch die politischen Gruppen, die auf dem Boden der staatlichen Arbeitsschule standen, vor allem die Demokraten, ihre Bedenken in eindringlicher Form geäußert haben. Die erste Fassung des Kompromißes umfaßte sämtliche Schularten, nicht nur die Volksschule, und hätte verfassungsmäßig den Grundsatze festgelegt, daß über die Schulform, ob konfessionell oder gemischt oder bekenntnisfrei, von Gemeinde zu Gemeinde, jeweils durch die Erziehungsberechtigten zu entscheiden gewesen wäre. Es bedarf keiner Erörterung darüber, daß dadurch die deutsche Einheitschule im Mutterleibe getötet gewesen wäre.

Es kann dem Schulmann und demokratischen Politiker nicht verübelt werden, wenn er über die Tatsache beklagt ist, daß die Weimarer Sozialdemokratie offenbar in völliger Verkennung der Wirkung der eine derartige Vermächung eingelassen hat. Daß nun unter der Hand verbreitet wird, die Demokratie sei wegen ihres Austritts aus der Regierung mitverantwortlich für die Haltung der Sozialdemokratie, gibt dem Bild vollkommener Hilfslosigkeit nur den letzten Strich.

Es ist nun, wie gesagt, Aussicht, daß in Weimar eine Fassung angenommen wird, die die Gefahren beseitigt, die dem Schulwesen droht haben. Damit entfällt aber nicht die Pflicht, es für einen unhaltbaren Zustand zu erklären, daß im Reich keine sachmännische Instanz da ist, die stark genug ist, zu verhindern, daß derartige, für die Zukunft der deutschen Schule entscheidende Maßnahmen ohne jede schultechnische Durchberatung getroffen werden.

Es ist auch vom Standpunkte des bundesstaatlichen Unterrichtsministers aus schwer erträglich, daß in einer so wichtigen Frage einfach über seinen Kopf hinweg verfahren wird, wenn er seinen Rat nicht aufdrängt, wie es seitens der deutschen Unterrichtsverwaltungen in diesem Falle geschehen mußte. Die Meinung, daß man kein Fachmann zu sehr braucht, um vom Schulwesen Maßgebendes zu verstehen, ist in einer Zeit, in der ehemalige Postkonditorer und Rechtsagenten Privatschulen leiten, zwar verbreitet, die Sache ist aber zu ernst, als daß man dem schweigend zusieht.

Ich bin nicht der Ansicht, daß das Schulwesen Sache des Reiches ist. Nachdem aber der Reichstag eine Festlegung schultechnischer Dinge in der Verfassung und gewisse weitere gesetzgeberische Arbeiten auf dem Gebiete der Schule beabsichtigt, ist eine Instanz, die die Interessen der Schule vom technischen Standpunkte aus wahr, als regulierender Faktor ein dringendes Bedürfnis. Am zweckmäßigsten wäre eine Instanz, die sich aus Vertretern der bundesstaatlichen Unterrichtsverwaltungen zusammensetzt, so wie sie sich anlässlich der vorliegenden Frage automatisch gebildet hat, eine Art kleiner permanenter Reichsschulkonferenz.

Jedenfalls ergibt sich aus der Angelegenheit des Schulkompromißes, die der Komit nicht entbehrt und leicht tragbar hätte erden können, daß der Zusammentritt einer allgemeinen Reichsschulkonferenz ein dringendes Bedürfnis ist, wenn ferneres Unheil verhütet werden soll. Auch wenn man, wie ich, auf dem Standpunkt steht, daß das deutsche Schulwesen eine völlige Uniformierung nicht erträgt und daß gerade sein Gebiet so recht geeignet ist, nach den geschichtlich und kulturell so verschieden gearteten bundesstaatlichen Bedürfnissen bearbeitet zu werden, so muß doch anerkannt werden, daß eine Reihe formeller und technischer Fragen einheitslich für das ganze Reich zu lösen sind. Die hier vorliegenden Bedürfnisse erwachsen zum größten Teil aus der Fluktuation der Bevölkerung und der daraus sich ergebenden Notwendigkeit, eine leichte Umschulung für das ganze Reichgebiet zu ermöglichen. Gleich zur Er-

Ludendorffs belgische Denkschrift.

Die Arbeit des Großen Hauptquartiers.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion. Weimar, 30. Juli.

Ministerpräsident Bauer hat in seiner Rede vom Montag den Wortlaut seines Briefwechsels mitgeteilt, der im September 1917 zwischen dem Reichskanzler Michaelis und dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg stattgefunden hatte und sich auch auf die belgische Frage bezog. Dem Antwortschreiben des Generalfeldmarschalls war, wie berichtet, eine Denkschrift des Generals Ludendorff beigelegt, die jetzt im Wortlaut mitgeteilt wird.

Sie soll zeigen, daß Reichskanzler Michaelis schon wenige Tage nach der Kronratsitzung vom 11. September, in der eine mögliche Preisgabe Belgiens beschlossen war, sich wieder völlig unter den Einfluß des Großen Hauptquartiers begeben hatte, das seinerseits für eine offene Annexion Belgiens und für eine verschleierte Annexion ganz Belgiens eintrat. Unter der Wirkung dieser Denkschrift hat dann Reichskanzler Michaelis den Beschluß des Kronrates überhaupt nicht ausgeführt.

Wir lassen die Denkschrift im Wortlaut folgen: Erster Generalquartiermeister. Gr. Hauptquartier, 14. 9. 17.

Bei den Verhandlungen in Berlin ist unsere und die Lage unserer Freunde besprochen. Ich halte mich verpflichtet, hierauf nochmals zurückzukommen und den Gedanken ganz schriftlich wiederzugeben, da dem ich mich bewachte. Ich habe ihn hier in Bezug auf Belgien und Brien, auf Landwirtschaft und Ueberseehandel erläutert.

Unsere Lage im Innern ist nach Angabe der Ressortvertreter hoffentlich in Bezug auf Futter und Kohle, in Bezug auf Kohle leider nicht unerschütterlich durch Verjämmernisse früherer Monate. Unsere Finanzwirtschaft ist außerordentlich angespannt. Durch die Reichstagsmehrheit ist unsere Lage im Innern zu einer wenig erfreulichen gemacht.

Die Arbeiter- und damit auch die Ersparfrage hat sich verschärft. Ich meine aber, diese inneren Schwierigkeiten müssen durch feste Leitung der jetzigen Regierung überwunden werden. Möglich ist es. Oesterreich-Ungarn ist, wie ich es hier nicht näher erläutern will, für die nächsten Monate durchaus an uns gefesselt. Auch Bulgarien wird entgegenkommender, nachdem westlich des Dniepr-Sees die Franzosen lokale Vortelle errungen haben. Der Türkei sind wir vorläufig sicher. Daß unsere militärische Lage gesichert ist und der U-Bootkrieg wird, brauche ich nicht weiter auszuführen.

Demgegenüber ist die Lage der Entente erheblich schwieriger. Rußland treibt bei innerer Auflösung immer schärfer entgegen. Damit scheidet es als vollwertiger Gegner immer mehr aus. Die inneren Zustände müssen eine Verpflegung- und Bekleidungskrise im Winter mit Sicherheit hervorrufen. Diese Zustände werden auf Summe zurückzuführen.

Die Verhältnisse im Osten haben für uns eine sehr günstige Gestalt angenommen. Die übrigen Ententemächte werden mit Rußland und Rumänien nicht mehr in vollem Umfang rechnen können.

Ähnliche Erscheinungen weist unser Bündnis nicht auf. Italien rechnet anscheinend auf einen Erfolg in der zwölften Stageschlacht. Der wird ihm verweigert bleiben. Die inneren Verhältnisse treiben damit zur Reife. Die Rohstoffnot muß sehr groß werden.

Daß das neue Ministerium in Frankreich für die Dauer kriegerischer sein wird als das bisherige, ist nicht anzunehmen. Das Gegenteil ist zu erwarten. Auch Frankreich steht vor einer Rohstoffnot. Alle neuen Nachrichten aus Frankreich stimmen darin überein, daß der U-Bootkrieg wirkt, daß die Ernährungslage schwierig ist und daß die englische Regierung mit starken sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Der Drang nach Frieden in England wird stärker. Ich brauche mich hierüber nicht näher auszulassen. Sollte England ernsthafte Schritte unternehmen, so wäre das ein Zeichen, daß es nicht mehr glaubt, den Sieg zu gewinnen. Von hier bis zur Ueberzeugung, daß es nur noch verlieren kann, ist kein weiterer Schritt.

Die Hoffnung der Entente seit Russlands Niedergang ist Amerika. Es darf, wenn auch nicht unterschätzt, aber auch nicht überschätzt werden. Zurzeit scheint England zu beschränken, daß die Führung der Entente auf Amerika übergeht. Die das Verhältnis zwischen Italien und seinen Bundesgenossen ist, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls sind starke Reibungen unter den Gliedern der Entente entstanden.

Große kriegerische Erfolge hat das Jahr 1917 der Entente bisher nicht gebracht. Nur Mesopotamien ist von England gewonnen. Die großen Waffenerfolge zu Lande und zu Wasser stehen auf unserer Seite. (U-Boot).

Ich ziehe den Schluß: Unsere militärische Lage ist günstiger als die der Entente. Unser Bündnis ist fester. Die Schwierigkeiten im Innern sind bei uns geringer als bei der Entente.

Trotzdem bin ich auch der Ansicht, daß ein Frieden für uns vor Beginn des Winters erstrebenswert ist, wenn er uns das Nötigste bringt, was wir zur Sicherstellung unserer späteren wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen und uns in eine militärische und wirtschaftliche Lage versetzt, die uns einem neuen Verteidigungskrieg mit Ruhe ins Auge sehen läßt.

Die Rohstoffquellen unseres militärischen und unserer wirtschaftlichen Widerstandes liegen — außer in der Armee und Flotte — in der Landwirtschaft, den Bodenschätzen und unserer stark entwickelten Industrie.

Ohne Rumänien und die anderen besetzten Gebiete wären wir in eine höchstbedenkliche Verpflegungslage gekommen. Auch mit Rumänien ist sie ernst genug geblieben. Sie würde sich noch verschärfen, wenn wir, wie wir später hoffen können, Belgien zu verpflegen haben. Dies können wir zurzeit nicht.

Wir müssen daher einen Zuwachs an Land erhalten. Dieses finden wir nur in Aurland und Litauen, die gute landwirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Bei der Faltung Polens müssen wir aus militärischen Rücksichten die Grenze Litauens über Grodno nach Süden gehen und Ost- und Westpreußen etwas verbreitern. Erst dann können wir Preußen schützen. Auch an etlichen Stellen der Provinz läuft die Grenze militärisch zu ungünstig.

Soweit war uns der Wortlaut der Denkschrift bei Schluß der Redaktion aus Weimar übermittelt worden.